

Wiener =

Rote Diplomatie.

Die Früchte der sozialdemokratischen Auslandspolitik brohen zu reifen. Nicht zur Ehre der Gärtner, die Galläpfel ernten anstatt der erhofften Calville.

Ein hervorragender Vertreter der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie hat vor einiger Zeit in schmerzlicher Selbsterkenntnis ausgerufen: „Wir haben keine Politik!“ In noch viel höherem Maße trifft dieses bittere Urteil auf die auswärtige Politik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie seit dem 12. November 1918 zu. War sie vor diesem Datum in den Zeiten bequemer Opposition, unbeschwert von der objektiven Beurteilung der Weltbilder, der Machtverhältnisse und der bewegenden politischen und wirtschaftlichen Absichten und Triebkräfte nach dem einfachen Rezept der unbedingten Mißbilligung der Regierung zugeschnitten, so zeigt sich in ihr, seitdem sie selbst das Steuer führt, mit besonders augenfälliger Deutlichkeit die Unzulänglichkeit der geistigen Initiative der Epigonen von Marx und Engels, die sich überall bloßstellen, wo der Koran dieser beiden Propheten keine Richtlinien mehr bietet.

Die Größen der Demagogie versagen in der Kunst der Diplomatie. Das Parkettwohl ist ihr Grundsat und die Parteimacht ihr Gott. Die auswärtige Politik kann und darf jedoch nur eine Partei kennen: den Staat und die Wahrung seiner politischen und wirtschaftlichen Ansprüche. Die sozialdemokratischen Leiter unserer Auslandspolitik haben diese Interessen eines einseitigen Parteizweckes willen mutwillig mit Füßen getreten. Nicht wissend, was sie sollen, nicht wissend, was sie wollen und wie es durchzuführen wäre, habe sie über der Abrechnung mit der Vergangenheit die Sicherung der Zukunft verjämmt. In allen Winkeln in Berlin, München und Wien haben sie nachgestöbert nach Akten und Beweisen, um das deutsche Volk mit der Kriegsschuld zu belasten und der Raffgier des feindlichen Imperialismus dadurch Rechtstitel in seiner unersättlichen Annexionspolitik geliefert.

Anstatt mit Nägel und Zäunen jeden Fleck deutschen Landes verteidigend festzuhalten, anstatt einen eindringlichen Aufruf an das Gerechtigkeitsgefühl der Völker gegen die brutale Gewalt der Losrennung urdeutscher Gebiete zu richten, riefen sie herausfordernd den Anschluß in die Welt hinaus und gaben damit die besten deutschen Landesgebiete der Willkür unersättlicher Ausdehnungspolitik preis. Die Folgen dieser Politiken ohne Information und ohne Rücksicht, ohne Berücksichtigung der Richtung und Gewalt der maßgebenden Kräfte in Paris waren vorauszu sehen.

Nun droht dem deutschösterreichischen Volke die Gefahr, mit Preisgabe materieller, kultureller und nationaler Interessen, mit einer trostlosen Gegenwart und einer finsternen Zukunft die Fehler der sozialdemokratischen Kurpfuscherei bezahlen zu müssen. Unsere Friedensabordnung hat einen schweren Standpunkt in ihrer Aufgabe, zu retten, was noch zu retten ist. Sie bekam zwar von der Nationalversammlung, die nun nach dem Bankrott der Bauerischen Geheimdiplomatie zum ersten Male in der Außenpolitik bestimmend mitsprach, eingehend durchberatene Richtlinien mit, aber die beste Stellung im Ringen zu Saint Germain wurde ihr f das Abtreten desjenigen Schiffs, der das Schiff mit dilettantischer Hand in die Klippen gesteuert hat.

Unsere Diplomaten der Vorrevolutionsschule hätten mehr politisches Taktgefühl und wußten zu gehen, wenn

ihre Politik sich als unhaltbar erwies. Sie waren eben anderer Klasse, der das Anstandsgefühl mehr lag, als dem Stamm jener Männer, die hinten wieder hereinkommen, wenn sie vorne hinauskomplimentiert werden. Der Erfüllung seiner klaren Augenblickspflicht ist Bauer noch näher gerückt durch die französische Mitteilung, daß seine Anschließungspolitik unserer Delegierten jene schwierige Verhandlungsbasis geschaffen hat, deren Bekanntheit das ganze Volk, auch die nichtjüdischen Sozialdemokraten, im tiefsten Empfinden aufgewühlt hat. Aber was schert sich der Gettoströbling aus Böhmen um Deutschsüdtirol und Böhmerwald, um Südkärnten und Südburgenland? Was kümmern seinen Stammesgenossen Ludo Hartmann Milliarden, die das deutsche Christenvolk zu bezahlen hat! Die Parteifreunde Bauers und Hartmanns im Reiche, mit denen unter dem Zeichen der „roten Fahne“ auf Kosten von einer Million Oesterreicher sich zu vereinigen, sie mit unentwegter Hartnäckigkeit nachstreben, geben ähnliche Beweise deutschen Fühlens. Im Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands führt Kautsky aus, daß die Versailles Bedingungen für Deutschland nicht nur annehmbar, sondern auch erträglich seien. In Kautsky treffen sich allerdings gleich zwei Freundschaftsströmungen für das deutsche Volk: er ist Jude und in seiner abendländischen Ausgabe Tschelch. In demselben Blatt wird die Abtrennung Oberösterreichs als vollkommen gerechtfertigt erklärt. In hundert Versammlungen machen diese „Unabhängigen“ den Deutschen weiß, daß dieser Friede anzunehmen sei und nichts so Schreckhaftes biete, wie die große Mehrheit der Volksvertreter in ihren Reden es ausgesprochen habe. Diese Herren wissen eben, daß Rot und Verzweiflung ihre Reder pflegen. Nu, sie spekulieren auf Baisse! Das deutsche Volk muß die Kosten dieser Spekulation bezahlen mit Gut und Blut.

Wenn die Alliierten Deutschösterreich eine Million Einwohner abnehmen wollen, wir wüßten einen Rat, der beide Teile befriedigen könnte. Die Entente möge die roten Diplomaten höflich einladen, unser Land mit ihren Stammesgenossen zu verlassen. Das deutsche Volk würde diese Anforderung dringend unterstützen und dankbar sein. Deutschösterreich wäre dann auf jene Einwohnerzahl beschränkt, die die Entente auf Grund der Bauerischen Verhandlungsbasis für unseren Staat vorgeesehen hat.

Von Kramar bezahlt?

Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Regierungspartei, die durch den Pariser Gewaltfrieden so fürchterlich bloßgestellt worden ist, wirft heute den Christlichsozialen, weil sie in die Preisgabe Südtirols nicht einwilligen wollen, sondern für die Rettung dieses deutschesten und kostbarsten Gebietes lieber alles wagen wollen, „Verrätereien“ vor und fragt dann, ob „diese Leute von Kramar bezahlt“ seien, da in ihrem Verfassungsentwurf unter den Ländern, die sich zum Bundesstaate zusammenschließen sollen, Deutschböhmen und Sudetenland nicht angeführt seien. Wie erinnerlich hatten die Kramar, Masarik, Machar und Genossen, kurz die ganze „Maffia“, auf die man jetzt in Prag so stolz ist, in Wien gerade an der „A.-Z.“ die leidenschaftlichsten Verteidiger und im Parlament an den sozialdemokratischen Abgeordneten die eifrigsten Helfer. Das Blatt wird daher gut tun, die Frage zunächst an sich selber zu richten. Auch möge es vor allem antworten, warum es die sonntägige Massenversammlung des sozialdemokratischen Ministers des Außern totgeschwiegen hat. Hatte es Bedenken gegen den Inhalt oder hatte Staatssekretär Bauer Wankeln gegen die Veröffentlichung seiner öffentlichen Rede? Macht am Ende die Sozialdemokratie eine doppelte Außenpolitik, eine für die Agitationsbedürfnisse, also zur Bemogelung der Bevölkerung, und eine andere, amtliche, hinter den Kulissen? Heraus mit der Sprache! Was aber die Nichtaufzählung der Gebiete Deutschböhmen und Sudetenland im christlichsozialen Verfassungsentwurf betrifft, so handelt es sich eben nur um einen Entwurf d. h. der Einfügung der beiden Worte steht nichts im Wege, sobald die Bevölkerung der beiden Gebiete Gelegenheit hatte, sich endgültig für den unmittelbaren Anschluß an Reichsdeutschland oder für ihr Verbleiben bei Deutschösterreich zu entscheiden. War an Hlbg. Leuthner „von Kramar“ bestochen“, als er in der „A.-Z.“ in einem Aufsatz über Deutschösterreich schrieb, dieses sei ein unmögliches Gebilde und die Angliederung der deutschen Sudetengebiete an die benachbarten Länder Deutschlands werde sich von selbst machen? Die deutsche Bevölkerung der beiden Gebiete wird aber erst nach dem Friedensschluß die sachlichen Voraussetzungen für eine Entscheidung besitzen. Und warum soll der „von Kramar“ bestochen“ sein, der den Deutschen Böhmen und des Sudetenlandes die Entscheidung zwischen dem roten Wien und dem roten Berlin nicht vorwegnehmen will?